



„Es gab eine Menge Liebe. Das habe ich von allen gehört.“

Inmitten der Streitereien um das Gremium zur Kapitol-Attacke sorgt diese Interview-Aussage des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump über den 6. Jänner für Aufregung



Rund 1,7 Millionen Briten

müssen sich derzeit selbst isolieren, weil sie an Covid-19 erkrankt sind oder Kontakt zu Infizierten hatten. Dazu gehören auch große Teile der Belegschaften von Supermärkten, Logistikfirmen, Pflegeeinrichtungen oder Müllabfuhr.



FIEG-Präsident Andrea Riffeser Monti

ANSA/Massimo Percossi

„Die Regierung sollte Zeitungen für die Impfkampagne nutzen“

ROM. „Die Herausgeber des Tageszeitungsverbandes FIEG richten einen dringenden Appell an die Regierung und die Institutionen, Zeitungen – Print und Online – zu nutzen, um die Wichtigkeit der Impfkampagne erneut zu unterstreichen und um den Bürgern die neuen Initiativen im Kampf gegen die Pandemie zu erklären“, betont FIEG-Präsident Andrea Riffeser Monti in einer FIEG-Aussendung. Das Ansehen, die Glaubwürdigkeit, der Schutz, den Zeitungsjournalismus – Print und Online – gegen die Verbreitung von Fake News biete, seien die Grundlagen des Vertrauensverhältnisses

mit den Lesern. „In den anderen europäischen Ländern haben Regierungen und Institutionen die Zeitungen für den Erfolg der Impfkampagnen und für den Kampf gegen die Pandemie genutzt“, unterstreicht Riffeser Monti. Zeitungen seien das unabdingbare Bindeglied zwischen den Institutionen und den Bürgern und ein wertvolles Instrument für den Dialog in einer schwierigen Phase, die geprägt sei von einem sich nur schwach abzeichnenden Aufschwung und dem Risiko einer neuen Infektionswelle, betont der FIEG-Präsident abschließend.

„Es gab eine Menge Liebe“: Trump spricht in Interview über 6. Jänner

WASHINGTON (dpa). Inmitten der Streitereien um das Gremium zur Kapitol-Attacke sorgen Interview-Aussagen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump über den 6. Jänner für Aufregung. „Und es war übrigens auch eine liebevolle Menschenmenge. Es gab eine Menge Liebe. Das habe ich von allen gehört“, sagt Trump nach einem Audiomitschnitt der „Washington Post“-Reporter Carol Leonnig und Philip Rucker.

Leonnig und Rucker haben Trump für ihr neues Buch „I Alone Can Fix It: Donald J.

Trump's Catastrophic Final Year“ (etwa: Nur ich kann es richten: Donald J. Trumps katastrophales letztes Jahr) im März interviewt. Er glaube, es sei die größte Menschenmenge gewesen, zu der er jemals zuvor gesprochen habe, sagte Trump weiter.

Anhänger Trumps hatten am 6. Jänner den Sitz des US-Kongresses in Washington erstürmt. Dabei kamen 5 Menschen ums Leben, darunter ein Kapitol-Polizist. Trump musste sich wegen des Angriffs einem Amtsenthebungsverfahren stellen.

Zwischen Freiheit und Chaos

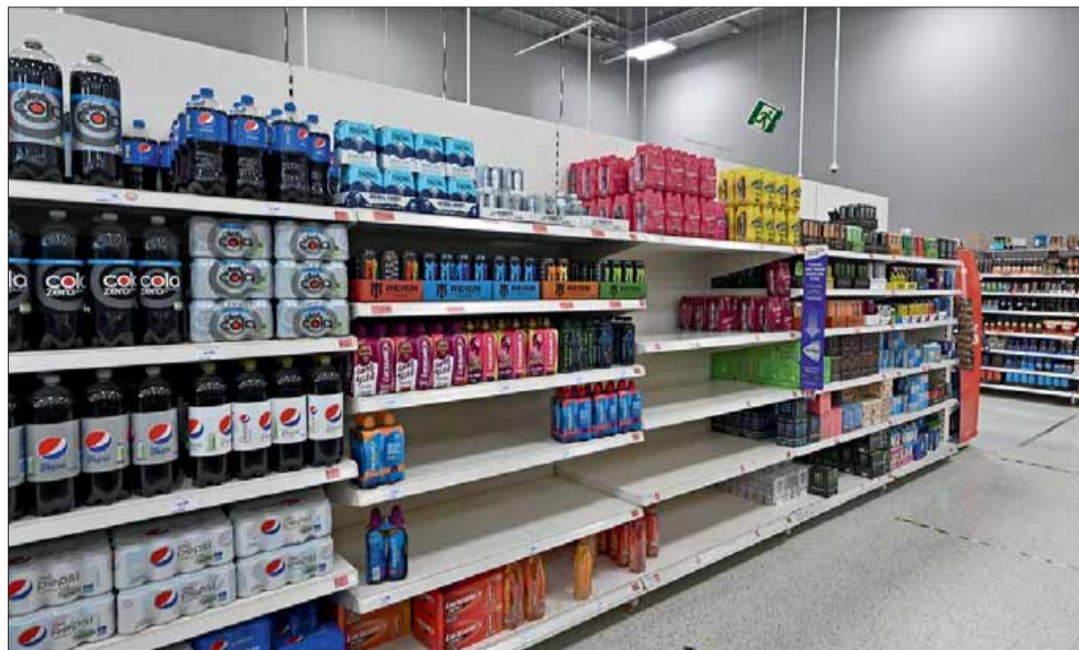
ENGLAND NACH DEM „FREEDOM DAY“: Ein Land feiert seine Freiheit trotz des hochansteckenden Virus

VON LARISSA SCHWEDES

LONDON (dpa). Das Experiment läuft. Nacht für Nacht wummern in den englischen Clubs die Bässe, auf Straßen und an den Stränden tummeln sich in der Sommerhitze die Menschen in großen Trauben, dicht an dicht. Selbst in der Londoner Hauptstadt-Blase aus Politik und Medien treffen sich die Leute wieder auf Partys. Nach der Aufhebung fast aller Corona-Regeln am Montag erlebt England seine erste Woche in Freiheit – und ein Fest für den Feind namens Delta.

Dass die hochansteckende Variante des Coronavirus die Infektionszahlen weiter in die Höhe schnellen lässt, wird so weit wie möglich ausgeblendet. „Wann, wenn nicht jetzt?“, ist Premier Boris Johnsons neue Freiheitsparole. Der Schutz der Impfungen werde das Schlimmste schon verhindern. Dass die 7-Tage-Inzidenz in Großbritannien zuletzt auf 488 kletterte und Experten Tag für Tag trotz hoher Impfquote vor zahlreichen Todesopfern, Millionen Menschen mit Langzeitschäden und gefährlichen neuen Mutationen warnen – geschenkt.

„Wir waren so lange im Lockdown. Lasst es uns jetzt versuchen“, sagt der Rentner Alan Adams, der an einem sonnigen Nachmittag mit einem alten Schulfreund durch die Brick Lane im Londoner Osten spaziert. „Wir hatten 2 Injektionen. Also sollten wir okay sein“, meint er. Sein Freund David Conlon ist nicht ganz so überzeugt: „Das hoffen wir zumindest“, wirft er ein – und ärgert sich, dass in der Londoner U-Bahn so viele keine Maske mehr tragen. Da dort Bürger-



Viele Supermarktregale in Großbritannien sind leer.

APA/afp/JUSTIN TALLIS

meister Sadiq Khan und nicht Boris Johnson das Sagen hat, ist die „Tube“ eigentlich einer der wenigen Orte, an dem die Maske weiterhin Pflicht ist – doch daran halten sich längst nicht alle. „Mir gegenüber hat ein Mann ohne Maske angefangen zu husten wie ein Hund“, erzählt Conlon. „Ich bin an der nächsten Haltestelle ausgestiegen und in einen anderen Wagen gegangen.“

Eigenverantwortung

So schlägt in England die Stunde der Eigenverantwortung. Wo vor wenigen Tagen noch gesetzliche Regeln das Zusammenleben steuerten, muss jetzt jeder Einzelne entscheiden, wie viel Risiko er oder sie eingehen will – und das eben meist nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere. „Es ist ein bisschen unverantwortlich“, meint die 16-jährige Emily O'Dell zu den Lockerungen. Als Noch-Nicht-Volljährige ist für sie keine Corona-

Impfung vorgesehen, obwohl sie sich, wie sie sagt, damit deutlich wohler fühlen würde.

Dass das Konzept der großen englischen Freiheit inmitten einer heftigen dritten Welle nicht so recht aufgehen will, zeigte sich bereits am ersten Tag: Nach einer Sitzung mit seinem infizierten Gesundheitsminister sprach Boris Johnson am großen „Freedom Day“ per Videoschalt aus der Quarantäne zu seinem Volk – ausgerechnet.

Mit diesem Schicksal ist er bei weitem nicht allein. Geschätzt müssen sich rund 1,7 Millionen Briten derzeit selbst isolieren, weil sie an Covid-19 erkrankt sind oder Kontakt zu Infizierten hatten. Dazu gehören mit dem Gesundheitsminister Sajid Javid und Finanzminister Rishi Sunak nicht nur weitere prominente Vertreter der Regierungsbank, sondern auch große Teile der Belegschaften von Supermärkten, Logistikfirmen, Pflegeeinrichtungen oder Müllabfuhr – also allen, die das Leben eigent-

lich am Laufen halten sollten.

Leere Supermarktregale

Während die Diskussion darüber, wer wann unter welchen Bedingungen in Quarantäne gehen muss, auf Hochtouren läuft, zeigt sich an allen Ecken und Enden, was es eigentlich bedeutet, wenn das Virus so viele in die eigenen 4 Wände zwingt. Supermarktregale leeren sich und können nicht schnell genug wieder aufgefüllt werden. Mülltonnen bleiben voll vor der Tür stehen. Pubs müssen wieder schließen, weil niemand mehr hinter dem Zapfhahn steht. Ein hochansteckendes Virus durch das Land rauschen zu lassen und gleichzeitig so zu leben, als wäre nichts, das scheint allein schon aus logistischen Gründen fast unmöglich – wie sich bereits in den ersten Tagen des Großexperiments zeigt.

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Rechtsstaatlichkeit – eine Baustelle

BRÜSSEL: Der Rechtsstaatsbericht untersucht alle EU-Staaten, auch Italien

Wie steht es um die Rechtsstaatlichkeit in der EU? Diese Frage beantwortet der Rechtsstaatsbericht, den die EU Kommission diese Woche vorgestellt hat. Untersucht werden nicht nur die mittlerweile notorischen Staaten Ungarn und Polen, sondern alle 27 EU-Mitgliedstaaten, Italien inklusive.

Worum geht es in dieser jährlichen Untersuchung? Wie letztes Jahr beschäftigt sich der Bericht mit 4 Schwerpunkten:

- das Justizwesen, insbesondere die Unabhängigkeit der Gerichte;
- der Rechtsrahmen zur Korruptionsbekämpfung;
- die Medienvielfalt und Medienfreiheit;
- institutionelle Aspekte der Gewaltenteilung.

Auf den 19 Seiten des Gesamtberichts findet Italien knapp 10-mal Erwähnung. Es wird auf gegenwärtig anhängige Reformen verwiesen, etwa jene betreffend des Obersten Rates für das Gerichtswesen (Consiglio superiore della magistratura, CSM)



Demonstrierende zeigen in Budapest ihren Unmut über das verschärfte Gesetz zu Homo- und Transsexualität.

APA/afp

oder der Regelungen zur Integrität im Justizwesen. Die weiterhin bestehenden Effizienzprobleme finden Erwähnung. Auf der positiven Seite wird vermerkt, dass sich die Wahrnehmung von Korruption im Lande etwas verbessert hat und dass die Sanktionen bei Betrügereien verstärkt wurden. Der Bericht erkennt auch an, dass Italien Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung diskutiert und dass Regelungen zu Interessenskonflikten von Beamten angenommen wurden.

Besonders positiv wird das Koordinierungszentrum des Innenministeriums zum Schutz von Journalisten vermerkt (centro di coordinamento sul fenomeno degli atti intimidatori nei confronti dei giornalisti). Mit Interesse wird auch auf die Diskussion zur Gründung einer nationalen Menschenrechtsinstitution verwiesen, da Italien zu jener Hand voll Mitgliedstaaten gehört, die noch nicht über eine solche Einrichtung verfügen.

Der Gesamtbericht wird er-

gänzt durch 27 Länderberichte, die die Details der Ergebnisse pro Land beschreiben. Für Italien macht die schiere Anzahl an laufenden Reformen eine abschließende Würdigung schwierig. Dennoch lässt sich einiges an Verbesserungspotenzial aus dem Landesbericht ablesen.

So könnte der Schutz von Whistleblowern (Informanten) auch auf den Privatsektor ausgedehnt werden. Die Reform zu Interessenkonflikten von Parlamentariern sowie ein Transparenzpaket sollten angenommen werden. Dadurch könnte zum Beispiel vermieden werden, dass das Verbot von Parteispenden über indirekte Geldflüsse umgangen wird. Was die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Rechtsstaat betrifft, verweist der Bericht auf die Tatsache, dass die organisierte Kriminalität der Zugriff auf kleine Unternehmen wie Restaurant usw. erleichtert wurde. Insgesamt zeigt sich dem Bericht zufolge aber, dass Italien durchaus Fortschritte macht.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Warum untersucht Brüssel alle Mitgliedstaaten?

Gabriel N. Toggenburg: Brüssel möchte alle Mitgliedstaaten gleich behandeln und in allen Mitgliedstaaten einen Diskussionsprozess hin zu mehr Rechtsstaatskultur anregen. Denn Probleme gibt es überall, denken Sie nur an die Diskussionen in Malta, Slowenien aber auch Österreich.

„D“: Aber geht es in dieser Debatte nicht eigentlich um Ungarn und Polen?

Toggenburg: Tatsächlich kann man wohl sagen, dass das neue befeuerte Interesse der EU an Rechtsstaatlichkeit seinen Ursprung in den Diskussionen gefunden hat, die man seit Jahren mit Budapest und Warschau führt. Die gegenwärtigen Regierungen dieser beiden Länder verlassen zu-

nehmend den gemeinsamen EU-Kanon, was Grundprinzipien wie Unabhängigkeit der Justiz betrifft. Doch solchen Phänomenen kann man nicht allein durch einen rein vorbeugenden Bericht begegnen.

„D“: Sondern?

Toggenburg: Die EU-Kommission hat eine Reihe von Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Polen angestrengt und gewonnen.

„D“: Die entsprechenden Urteile des EuGH werden dann aber ignoriert?

Toggenburg: Tatsächlich sehen wir so einen Trend und dies wird wohl nun zu einer Verschärfung des Konfliktes führen. Es ist mit der Verhängung von massiven Strafzahlungen zu rechnen. Und es werden wohl mit Hilfe des neuen Konditionalitätsmechanismus EU-Gelder gesperrt werden, wenn die Unabhängigkeit der Justizsysteme nicht wiederhergestellt wird.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.